Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatl. 2.– RM. Postbezug 2.– RM. (einschließl. 18,6 Rpf. Postgebühren), hiervon 36 Rpf. Zeitungsgeb. Postbestellgeld. Postzeitungsliste 1.– RM. Kreuzbandversendung: Inland 75 Rpf., Ausland 1.– RM. sofort. Einzelpreis: außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf., in Groß-Dresden 10 Rpf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: die zweispaltige mm-Zeile 36 Rpf., private Familienanzeigen zweispaltig 22 Rpf., die zweispaltige mm-Zeile als Werbeanzeige 1.35 RM. Nachlaß nach Wiederholungsplan. Anzeigenannahme: Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981. Bei Zwangsvergleich, Konkurs oder Ausfall der Betreibung erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß oder Ersatzleistung. Für Anzeigen an bestimmten Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Erfüllungsort und Gerichtsstand Dresden. Anzeigenpreisliste Nr. 11 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A, Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nr. 225 — Freitag, 25. September 1942 — 50. Jahrgang

Japanische U-Boote im Atlantik

Fühlung zu gemeinsamer Seekriegführung aufgenommen

Japanisches U-Boot in deutschem Stützpunkt — Bedeutendes operatives Ereignis

× **Berlin.** Das Obertommando der Wehrmacht teilt mit:

Im Zuge der gemeinsamen Seekriegführung der Dreierpaktmächte haben japanische Kriegsschiffe mit den im Atlantik operierenden Verbänden der Achsenstreitkräfte Fühlung aufgenommen.

Nachdem deutsche Seestreitkräfte bereits seit dem Eintreten Japans in den Krieg mit japanischen Einheiten im Indischen Ozean zusammenarbeiten, ist durch das Erscheinen japanischer U-Boote nun auch erstmalig im Atlantik ein Zusammenwirken auf militärischem Gebiet zustande gekommen. Dieses Ereignis ist in operativer Hinsicht von grundsätzlicher Bedeutung.

Eines der japanischen Unterseeboote ist nach einem deutschen Stützpunkt entsandt worden und inzwischen wieder in sein Operationsgebiet ausgelaufen.

⊙ **Tokio. Das kaiserliche Hauptquartier gibt am Freitag bekannt, daß ein Teil der japanischen Seestreitkräfte in den Atlantik vorgedrungen ist und nun in der Lage ist, in strategischen Operationen mit den Flotten der Achsenmächte eng zusammenzuarbeiten.**

Die japanische Presse nimmt scharf gegen die unmenschliche Behandlung der Japaner in den USA. Stellung. „Japan Times and Advertiser" schreibt: „Es ist jetzt an der Zeit, an das Tribunal des Weltgewissens zu appellieren und gegen die barbarische Unmenschlichkeit der amerikanischen Behörden Einspruch zu erheben. Die japanische Nation muß mit tiefstem Widerwillen von der ernsten Mißhandlung Kenntnis nehmen, die die japanischen Einwohner in den Vereinigten Staaten durch die amerikanischen Behörden erfuhren." Das Blatt betont, daß die Massenverschickungen der Japaner aus den Küstengebieten der Pazifikseite der USA. in das Hinterland in einer Weise durchgeführt wurden, bei der selbst amerikanische Staatsbürger japanischer Herkunft wie die gefährlichsten Feinde behandelt wurden.

Bergmassiv im Nordwestkaukasus erstürmt

Nachschubbahn Astrachan-Kislijan unterbrochen — Panzer gegen Flammensperren in Stalingrad

× **Berlin.** Im Nordwestteil des Kaukasus nahm, wie das OKW. ergänzend mitteilt, eine deutsche Angriffsgruppe in den Nachmittagsstunden des Mittwochs einen stark ausgebauten und zäh verteidigten Höhenrücken. Andere deutsche Truppen erstürmten in unwegsamem Berggelände und gegen hartnäckigen Widerstand der Bolschewisten ein Bergmassiv. Die Angriffe wurden durch das zusammengefaßte, gut liegende Feuer deutscher Artillerie, die sieben feindliche Batterien niederkämpfte, wirkungsvoll unterstützt.

Der Feind versuchte in mehreren Gegenstößen, das von den deutschen Truppen gewonnene Gelände zurückzugewinnen, konnte aber, unter schweren blutigen Verlusten [illegible] Kampfgruppen, die sich in Felsschluchten und Schluchten zurückzogen, wurden durch die laufenden Bombardierungen deutscher Kampfflugzeuge aufgerieben. Auf den Gebirgsstraßen marschierende Kolonnen erlitten bei Tiefangriffen deutscher Zerstörerflugzeuge empfindliche Verluste. Am Terek brachte der Angriff weitere Erfolge. Die Stadt Prischibskaja am Terek, dort, wo der Fluß von Süden kommend fast im rechten Winkel nach Osten abbiegt, wurde von deutschen Truppen nach hartem Kampf im Sturm genommen.

Im Stadtgebiet von Stalingrad dauerten die schweren Häuser- und Straßenkämpfe an. Eine Panzerpionierkompanie hatte den Auftrag, einen Panzergraben auf Durchfahrtsmöglichkeit und auf Minen zu untersuchen. Bei dieser Erkundung geriet das gepanzerte Fahrzeug des Zugführers, eines Leutnants, in den Bereich einer ferngezündeten Flammensperre, die den Wagen in Brand setzte. Trotz feindlichem Beschuß aus einem seitlich liegenden Bunker erstickte der Leutnant das Feuer durch Sand. Dann ging er mit seinem Zug aus eigenem Entschluß gegen den feindlichen Bunker vor und vernichtete ihn. Jetzt konnte dem Panzerregiment der Weg für den weiteren Angriff freigemacht werden. Wenig später zerstörte der Zugführer im heftigen Feuer eines herannahenden bolschewistischen Panzerzugs mit einem Sprengtrupp die Schienen und brachte dadurch die vorderen Wagen des Panzerzugs zur Entgleisung. Der Rückweg des Panzerzugs war [illegible]

An der Kilgeistellung südlich von Stalingrad führten die Bolschewisten unter starkem Kräfteeinsatz von Infanterie- und Panzerkampfwagen weitere Entlastungsangriffe, die in harten Kämpfen abgeschlagen wurden. Kampf- und Sturzkampfflugzeuge zerhämmerten in rollenden Einsätzen Bunker und Widerstandsnester am ostwärtigen Stadtrand. Kampffliegerverbände stießen weit in das rückwärtige Feindgebiet hinein und bombardierten die an dem Lagunengebiet des Kaspischen Meeres entlang führende wichtige Nachschubverbindung von Astrachan nach Kislijan. Die Gleisanlagen wurden an vielen Stellen zerstört. Auf der Eisenbahnstrecke Jlowlinskaja nach Kamyschin wurden zwei mit Kriegsmaterial beladene Güterzüge in Brand geworfen. Sechs weitere Transportzüge blieben nach schweren Bombentreffern liegen.

Neger, Vortrupp des Bolschewismus in USA.

Groteske Schwankungen zwischen Illusion und Ernüchterung — Macht der Kongreß doch Schwierigkeiten?

dnn. Die von Roosevelt und seinen jüdischen Antreibern aufgewühlte öffentliche Meinung macht gegenwärtig groteske Schwankungen zwischen Ueberoptimismus und Niedergeschlagenheit durch. So hat der Vorsitzende im Flottenausschuß des Repräsentantenhauses, Carl Vinson, den Abgeordneten eine Denkschrift vorgelegt, in der kühn behauptet wird, die U-Boot-Gefahr habe fast zu bestehen aufgehört. Der ohne Zahlen und Vergleichsangaben versehene Bericht hat offenbar den Zweck, dem Kongreß die neuen Ausgabeforderungen Roosevelts schmackhaft zu machen. Nelson, der Leiter des Produktionsamtes, dagegen, gab dem amerikanischen Volke zu verstehen, daß es einen noch viel niedrigeren Lebensstandard auf sich nehmen müsse, um den Sieg zu erringen. Schon jetzt sind die Einschränkungen in Gottes eigenem Land sehr weitgehend. Landwirtschaftsminister Wickard erklärte, daß die Lieferung von Fleisch an die Zivilbevölkerung ab 1. Oktober um etwa 75 Prozent gegenüber dem Verbrauch in der gleichen Zeit des Vorjahres eingeschränkt werden müsse. Er empfahl deshalb den Restaurationsbetrieben der USA., einen fleischlosen Tag wöchentlich einzuführen. Nelson erklärte jedoch: „Wir haben kaum begonnen, den Druck zu fühlen, innerhalb des nächsten Jahres wird er noch viel schärfer werden." Das hindert das Weiße Haus aber nicht, mit seinem Bluff fortzufahren und das sogenannte 14-Männer-Komitee nordamerikanischer Erfinder zusammentreten zu lassen, um die aus der Bevölkerung eingereichten 68 000 Vorschläge „zur Erringung des Sieges" zu erörtern. Mehr als eine neue Dieppe-Katastrophe dürfte dabei nicht herauskommen. Wenn schließlich Herr Knox, Marineminister und 90-Tage-Sieger, in einer Pressekonferenz vor billigem Optimismus warnt, muß ihn schon der Schuh irgendwo drücken. Der stellvertretende USA.-Marineminister Bard schließlich hat vor Schiffsbauarbeiten erklärt, es bestehe Gefahr, den Krieg zu verlieren, wenn man sich nicht ganz auf die Kriegsaufgaben konzentriere und die inneren Rivalitäten ausschalte. Die nebelhafte Vorstellung der Amerikaner, daß sie jeden Feind ohne Opfer und ohne Aufgabe ihrer normalen Tätigkeit rasch und leicht schlagen könnten, sei gefährlich.

Die Spannung zwischen Roosevelt und dem Kongreß, die durch die von Roosevelt diktatorisch geforderten scharfen Maßnahmen gegen inflationistische Erscheinungen entstanden war, hat sich verschärft. Das Repräsentantenhaus nahm zwar den Gesetzentwurf Roosevelts an, doch wurde gleichzeitig von der Opposition mit Erfolg ein Abänderungsantrag eingebracht, durch den die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 12 v. H. erzielt werden sollen. Sollte dieser Antrag auch im Senat angenommen werden, so würde das jährliche Mehrkosten von mehreren Milliarden Dollar für die gesamten Lebenskosten der USA.-Bevölkerung verursachen und damit den Zweck des Roosevelt-Gesetzes überhaupt vereiteln. Im Senat gelang es dem Vertreter der Regierungsanhänger, die Sitzung zu vertagen, und man hofft noch, einen Kompromiß zustandezubringen. Roosevelt hatte bekanntlich ursprünglich verlangt, daß die von ihm geforderten Maßnahmen im Kongreß vor dem 1. Oktober angenommen würden, andernfalls er auf eigene Verantwortung diktatorisch vorgehen würde. Das aber wäre mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kongreßwahlen für ihn nicht unbedenklich.

Inzwischen wird die Negerfrage, die mit der bolschewistischen Verseuchung der USA. eng verknüpft ist, immer brennender. Die Zuneigung, die Roosevelt für die Sowjetunion hegt, gehört nicht erst seit gestern zu den Elementen seines politischen Bekenntnisses. Schon im Oktober 1933, also nur kurze Zeit nach seiner Amtsübernahme, hat er die Sowjetunion anerkannt. In dieser Zeit aber hatte der Exekutivausschuß der Komintern schon drei Jahre lang in USA. gewühlt. Er benutzte die Neger in den USA. für seine Zersetzungsarbeit. Der Plan der Komintern ging in erster Linie auf die Schaffung eines freien Negerstaats und seine Abtrennung von den USA. hinaus. Erst wenn die USA. selbst eine Sowjetrepublik geworden war, sollte der bolschewistische Negerstaat sich ihr wieder anschließen. Die Kenntnis dieser Pläne verdanken wir einem Aktenstück, das in Frankreich gefunden wurde. Nach dieser Darstellung des französischen Botschafters in Moskau, Herbette, sollte die in den Grenzen des Negerstaates verbleibende weiße Minderheit sich der Negerordnung zu fügen haben und die Neger in diesem Freistaat bolschewistischer Prägung die absolute Herrschaft besitzen. Roosevelt hat durch die Verbindung mit der Sowjetunion sich selbst zum Schrittmacher dieser Bestrebungen hergegeben und den von den Bolschewisten zu Werkzeugen ausersehenen Negern selbst die Waffen in die Hand gedrückt. Noch vor ganz kurzer Zeit wurden in den Südstaaten USA.-Neger geteert und gefedert, und kein Schwarzer durfte es wagen, sich in der Bahn neben einem Weißen zu setzen. Jetzt allerdings nimmt niemand mehr Anstoß daran, daß ein Neger Kapitän eines 10 000-Tonnen-Frachtschiffes wird. Und demnächst soll, zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, ein Schiff auf den Namen eines Negers getauft werden. Sollte man in den Staaten das früher so ausgeprägte Nationalgefühl zugunsten der „wahren Demokratie" beiseitegeschoben haben? Alle Anzeichen sprechen dafür. Als jedoch kürzlich in den Bombaner Schaufenstern Damenkleider, mit dem Sternenbanner versehen, ausgestellt wurden, ging das selbst für einen Yankee, einen wahren Patrioten, wie er sich selbst nannte, zu weit, und er machte seinem Herzen in einer erregten Zuschrift an die „New York Daily News" Luft. Was wird er sagen, wenn er eines Tages von einem Niggerkapitän gefahren oder als Rekrut der USA.-Luftwaffe von Negerpiloten geschult wird?

An ausgebrannten Sowjetpanzern und Flüchtlingen vorbei fahren Kolonnen der NSKK.-Transporteinheiten frontwärts

NSKK.-Kriegsberichter Seiberth

Die strapazierte Schweizerflagge

SK. **Bern** (Eig. Dienst). Wegen der Schwierigkeiten in der Textilversorgung verfügte die Schiffahrtsdirektion eines schweizerischen Binnensees, daß die Schiffe nur noch an Sonntagen die eidgenössische Flagge führen. „Die Schweizerfahne soll nicht unnötig strapaziert werden." Diese Anordnung zeigt anschaulich, wie selbst in kleinen Dingen Sparsamkeit geübt werden muß. Aber nicht nur Wind und Wetter schaden der Schweizerflagge. Das Symbol des eidgenössischen Bundes und seiner staatstragenden Grundsätze wird häufig genug von Leuten strapaziert, die die Gebote der nationalen Disziplin mißachten und besonders bei der Erörterung außenpolitischer Fragen sehr wenig Rücksicht nehmen auf die Neutralität ihres Landes. Gewiß, an den gewaltigen Entscheidungen auf den Schlachtfeldern ändert es nichts, wenn irgendein Eidgenosse seine Meinung zur Kriegslage von sich gibt. Es gehört zum Wesen vieler Schweizer, sich durch politisierende Kritik und Nörgelei bemerkbar zu machen. Die eidgenössische Form der Demokratie kommt diesem Geltungsbedürfnis weit entgegen. Offenbar hatte aber Bundesrat Pilet-Golaz das Gefühl, auf eine für die Schweiz sehr zeitgemäße Tugend hinweisen zu müssen, als er kürzlich auf dem freisinnig-demokratischen Parteitag in Schaffhausen feststellte, daß „Schweigen heute die schönste Rede sei". Die Schweizer Presse braucht nicht nach den Gründen zu suchen, die dieses offene Wort des Bundesrates rechtfertigen. Damit die Mahnung nicht rasch in Vergessenheit gerate, wird die Bevölkerung durch Aushänge in öffentlichen Lokalen daran erinnert: „Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat!"

Für einsichtige Schweizer ist die Schweigepflicht gegenüber den Angelegenheiten anderer Völker mehr als ein Gebot der Klugheit. Da die Schweiz am gegenwärtigen europäischen Schicksalskampf, vor allem aber an den Opfern, nicht teilnimmt, die die Abwehr der bolschewistischen Gefahr fordert, und das Land innere Sorgen hat, müsse man sich, so sagen sie, Zurückhaltung auferlegen. Aufgabe der Schweiz sei es allenfalls, ihre guten Dienste als Schutzmacht bei der Rückbeförderung von Diplomaten und anderem mehr zur Verfügung zu stellen. Mit Nachdruck werden die vielfältigen Bestrebungen hervorgehoben, gewisse Folgen des Krieges durch humanitäre Maßnahmen zu mildern, sei es im Rahmen des Internationalen oder des Schweizerischen Roten Kreuzes, durch Mitarbeit bei den Bemühungen, das Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern. Die hervorragende Stellung der Schweiz in der internationalen Organisation des Roten Kreuzes gebe dem Lande auch im jetzigen Kriege besondere Betätigungsmöglichkeiten.

Allerdings findet die Bereitwilligkeit zur Hilfe dann ihre Grenzen, wenn sie mit höheren nationalen Interessen unvereinbar wird. Das gilt beispielsweise gegenüber jüdischen Versuchen, das schweizerische Asylrecht in Anspruch zu nehmen. In den letzten Wochen überschritt eine größere Zahl Juden illegal die Landesgrenzen. Welches auch die Gründe sein mögen, die die Behörden veranlaßten, geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen, ein Volk mit der judenfeindlichen Tradition der alten Eidgenossenschaft, die erst vor rund 80 Jahren durch das Eingreifen einer ausländischen Macht (Frankreich!) unterbrochen wurde, wird die Vergangenheit nicht ganz verleugnen können. Ein Blick in die schweizer Presse zeigt jedoch, daß die Erinnerung an die alteidgenössische Judenabwehr heute zum mindesten nicht mehr als zeitgemäß empfunden wird und nun gegen die Behörden Vorwürfe erhoben werden, weil sie jüdischen Emigranten das Gastrecht verweigern. Gewisse Zeitungen triefen von Mitleid für die „armen Juden". Zur gleichen Zeit lassen sie die britische Agitation zu Worte kommen, die die Terrorangriffe der englischen Luftwaffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung in grellen Farben schildert und sie zu rechtfertigen sucht. In manchen Kreisen herrscht eben eine sehr merkwürdige Auffassung von „Humanität". Hinter den Aeußerungen des Mitgefühls für gewisse Opfer des Krieges verbirgt sich nicht selten eine politische Demonstration, ein hohes Maß an Vorurteilen, einseitigen Sympathien und Verdächtigungen, die man sonst nicht deutlich und offen auszusprechen wagt.

Es ist für den Außenstehenden nicht leicht, diese insulare Welt eidgenössischer Sorgen zu verstehen, die beispielsweise das Thema „Asylrecht" für so wichtig hält, daß es die Spalten der Zeitungen füllen, einflußreiche Organisationen beschäftigen und ungezählte Eingaben, Entschließungen und Protestkundgebungen auslösen kann. Die Frage: „Kann sich der schweizerische Staatsgedanke in der Zukunft behaupten?", oder der Streit der Meinungen darüber, wie die soziale und wirtschaftliche Ordnung der Nachkriegszeit nach den Rezepten des Liberalismus, des Kollektivismus bzw. des von einem schweizerischen Professor empfohlenen „dritten Weges" gestaltet wird, ob und mit welchen Sicherungen nach Beendigung der Feindseligkeiten der schweizerische Kapitalexport möglich sein wird, finden eher die Aufmerksamkeit vieler Eidgenossen als eine wirklichkeitsnahe Beurteilung des gegenwärtigen Kriegsgeschehens und der sich zwangsläufig anbahnenden Entwicklung.

Sind Leute, die sich inmitten des blutigen Ringens derartige Sorgen machen, wirklich beneidenswert? Weit außerhalb der europäischen Kampffront stehend, fehlt ihnen die Möglichkeit, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Die neue Zeit schreitet über sie hinweg. Innenpolitische Schwierigkeiten wie die Verschärfung der sozialen Spannungen infolge der unaufhaltsamen Preissteigerungen, die Tatsache, daß die Marxisten die alten radikalen Parteiparolen wieder hervorholen und ihre Kampfansage an das Bürgertum erneuern, das Anwachsen des ungedeckten Bundesschuldbetrages auf die Rekordhöhe von 4,8 Milliarden Franken Ende 1942 mit beträchtlichen Steuererhöhungen als unausbleiblicher Folge, warnen vor Spaziergängen nach Wolkenkuckucksheim. Was nach dem Kriege geschehen wird, bestimmen die siegreichen Achsenmächte. Ihre Erfolge im Osten und auf den Meeren, die die neuesten deutschen Sondermeldungen bekannt machten, haben viele Schweizer wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgerufen.

Das Eichenlaub für einen Staffelkapitän

× **Berlin.** Der Führer hat dem Oberleutnant Friedrich Karl Müller, Staffelkapitän in einem Jagdgeschwader, anläßlich seines 100. Luftsieges als 126. Soldaten der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Oberleutnant Friedrich Karl Müller hat sich in über 300 Feindflügen als kühner und erfolgreicher Jagdflieger an allen Fronten dieses Krieges hervorragend bewährt.

Weiterer Kampf im Innern Madagaskars

Vichy. Das Staatssekretariat für Kolonien gab bekannt, daß der Generalgouverneur von Madagaskar den Fall von Tananarivo bestätigt habe. Nach hartem Widerstand, so telegraphierte der Gouverneur, konnten unsere Truppen nicht verhindern, daß der zahlenmäßig weit überlegene und schwer bewaffnete Feind in die Stadt eindrang. Das französische Oberkommando auf Madagaskar sei, so wird in Vichy amtlich mitgeteilt, zu weiterem Widerstand entschlossen. Generalgouverneur Annet stehe weiter in ständiger Verbindung mit der Vichy-Regierung. Er habe sich mit den kämpfenden Truppen in das Innere des Landes begeben.

Bombenanschläge in Belfast

⊙ **Stockholm.** Mehrere Bomben explodierten vor dem zentralen Polizeigebäude und vor dem Büro der unionistischen Zeitung „Telegraph" in der nordirischen Hauptstadt Belfast. Durch die Explosion sollen, nach britischer Darstellung, nur in beiden Gebäuden die Fenster eingedrückt worden sein, aber niemand sei verletzt worden, doch waren die Detonationen so heftig, daß sie in einem großen Teil der Stadt gehört werden konnten. Die Polizei hat bereits Hunderte von Verhaftungen vorgenommen.

SLUB
Wir führen Wissen.